

Klimapolitik in Israel: Energiesicherheit im Dienste des Klimaschutzes

In Israel manifestieren sich die Auswirkungen des Klimawandels vor allem durch eine Verringerung der Niederschlagsmenge und eine Zunahme extremer Wetterereignisse. Das dicht besiedelte, wasserarme Land ist von konstantem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum geprägt und erfährt damit einhergehend einen konstanten Anstieg beim Energieverbrauch.

Klimapolitische Maßnahmen

Im Jahr 2009 war ein Wechsel in der israelischen Klimapolitik zu verzeichnen. Israel verpflichtete sich beim Klimagipfel in Kopenhagen, den prognostizierten Anstieg seiner Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu reduzieren.¹ In der Folge wurde eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, unter denen der Nationale Plan zur Verringerung der Treibhausgase (National Greenhouse Gas Mitigation Plan) hervorsteht. Dieser beinhaltet u.a. Initiativen in den Bereichen Energieeffizienz, green building und Umwelterziehung. Ferner bestätigte das Kabinett im Jahr 2011 eine Entscheidung aus dem Jahr 2009, die besagt, dass bis zum Jahr 2020 10 Prozent des israelischen Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt werden soll; für das Jahr 2014 wurde ein Zwischenziel von 5 Prozent gesetzt.

Seit März 2013 ist die dritte Netanjahu-Regierung im Amt. Der neue Umweltschutzminister Amir Peretz (HaTnua) zeigt sich engagiert und hat wie sein Vorgänger, Gilad Erdan (Likud), den Ruf ein „Macher“ zu sein. Fast die Hälfte der Abgeordneten wurde 2013 neu in die Knesset gewählt. Davon zeigten viele sich offen für Fragen der Umweltpolitik.

Bestrebungen nachhaltiger Klimapolitik sind in Israel allerdings schwer umzusetzen, da die israelische politische Kultur sehr stark geprägt ist von der Neigung zu einer kurzfristigen, improvisierenden Problembehandlung. Diese Mentalität hat ihre Wurzeln in der kollektiven Erfahrung einer Einwanderungsgesellschaft, in der nicht nur die Einzelnen um das tägliche Durchkommen, sondern auch der Staat insgesamt um sein Überleben kämpfen muss.

Im Wettlauf mit sicherheits- und finanzpolitischen Themen gerät der Klimaschutz daher oft in den Hintergrund. In den letzten Jahren bestimmten unmittelbare Sicherheitsbedrohungen (Angriffe islamistischer Gruppen aus dem Gaza-Streifen, zunehmende, oft tödliche Angriffe auf israelische Staatsbürger im Westjordanland, die volatile Situation in den umliegenden arabischen Staaten sowie das iranische Atomprogramm), die Verabschiedung des neuen Haushalts 2013 sowie der Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit den öffentlichen Diskurs und erschwerten es, die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer kohärenten Klimapolitik zu lenken. Diese Prioritätensetzung schlägt sich auch in der Berichterstattung der hiesi-

¹ Die OECD weist darauf hin, dass selbst wenn es Israel gelingen sollte, den bis 2020 prognostizierten Treibhausgasausstoß um 20 Prozent zu reduzieren, die Treibhausgasemissionen trotzdem zunehmen werden, da es sich lediglich um eine Minderung des Anstiegs handelt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

EVELYN GAISER

August 2014

www.kas.de/israel

gen Medien nieder, in denen über klimapolitische Themen nur wenig zu lesen und zu hören ist.

Die Verabschiedung des nationalen Haushalts 2013 brachte zahlreiche Kürzungen mit sich, die auch den Klimaschutz trafen. Die Aussetzung des „National Greenhouse Gas Mitigation Plan“ und die Verschiebung der weiteren Finanzierung auf das Jahr 2016 waren ein bedeutender Rückschlag im Kampf gegen den Klimawandel. Nach Berechnungen des Ministeriums für Umweltschutz hätte das Programm bis zum Ende des Jahrzehnts den jährlichen Treibhausgas-Ausstoß um 450.000 Tonnen reduzieren können. Generell liegen die staatlichen Ausgaben für Umwelt- und Klimaschutz weit hinter den Ausgaben für andere Ressorts wie bspw. den Verteidigungshaushalt.

Ein weiteres zentrales Problem bei der Förderung des Umwelt- und Klimaschutzes liegt in der Verteilung der Kompetenzen über mehrere verschiedene Ministerien. Dementsprechend fehlt es den klimarelevanten Initiativen oft an Kohärenz. Eine ganzheitliche und umfassende Strategie zur Anpassung an den Klimawandel und zu dessen Verlangsamung ist notwendig, um Israels Kapazitäten auf diesem Gebiet und die Wirkungskraft des Vorgehens gegen die Folgen des Klimawandels zu stärken.

Im Rahmen der Verpflichtungen von Kopenhagen 2009 gab es Fortschritte im Bereich der Umweltgesetzgebung. Die schleppende Umsetzung beschlossener Maßnahmen auf allen Ebenen bleibt allerdings ein wesentlicher Kritikpunkt.²

Energie und Klimawandel

In der israelischen Öffentlichkeit werden Energiefragen in erster Linie im Zusammenhang mit ökonomischen und sicherheitspolitischen Aspekten diskutiert. Energieunabhängigkeit ist für den jüdischen Staat von hoher geostrategischer Bedeutung, da ein Gros der Energie exportierenden Staaten Israel feindlich gesinnt ist.

Während im israelischen Ministerium für Umweltschutz und in den zahlreichen, sehr aktiven Umwelt-NGOs darauf hingearbeitet wird, Energiepolitik und Klimaschutz zu verknüpfen, ist diese Verbindung noch nicht ausreichend ins öffentliche Bewusstsein gedrungen. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass trotz eines hohen Pro-Kopf-Energieverbrauchs Israels Treibhausgasausstoß mit weniger als einem Prozent der globalen Emissionen eine eher unbedeutende Rolle im Weltmaßstab spielt. Würde das Land seine Emissionen verringern, so hätte dies nur geringfügigen Einfluss auf den weltweiten Klimawandel.

Zahlreiche Regierungsinitiativen zielen auf die Verminderung der Energieabhängigkeit auf nationaler und internationaler Ebene ab, dies gilt ganz besonders für die Nutzung von Rohöl.³ In diesem Rahmen werden diverse Projekte umgesetzt, die gleichzeitig zu einer Verbesserung der Klimabilanz beitragen sollen. Dabei spielen besonders Israels hochinnovative Hightech- und Cleantech-Sektoren eine wichtige Rolle. Viele Umweltaktivisten kritisieren jedoch, dass Israel zwar zu den weltweit führenden Ländern in diesen Bereichen zählt, die Innovationen aber selbst nicht wirksam anwendet, sondern sie in erster Linie in andere Länder exportiert.⁴

² Vgl. OECD Environmental Performance Reviews Israel 2011 highlights S.1

³ Vgl. Jerusalem Post online vom 1. April 2014: Prime Minister's 2nd annual contest for oil substitutes is underway

⁴ Vgl. Jerusalem Post vom 26. Februar 2014: Nitzan Horowitz to represent Israel at US Senate climate change summit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

EVELYN GAISER

August 2014

www.kas.de/israel

Den Löwenanteil bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Israel stellt die zunehmende Nutzung von Erdgas zur Energiegewinnung dar. Im April 2013 begann das Land mit der Erdgasförderung aus dem Tamar-Feld vor seiner Küste. Der schrittweise Umstieg auf Erdgas (anstelle von Kohle, Rohöl oder Diesel) zur Energiegewinnung sorgt dafür, dass weniger Treibhausgase ausgestoßen werden. Folglich erfährt Israels Klimabilanz seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts eine Besserung und der Anstieg der Treibhausgasemissionen konnte reduziert werden.⁵

Diese vordergründig positive Entwicklung droht jedoch die Förderung erneuerbarer Energien zu beeinträchtigen und könnte sich zudem nachteilig auf eine nachhaltige und langfristig auf Unabhängigkeit ausgerichtete Energiepolitik auswirken. Da 40 Prozent der Offshore-Erdgasreserven für den Export bestimmt sind, wird Israel die Erdgasquellen nach aktuellen Berechnungen circa 30 Jahre nutzen können.⁶ Sollten bis dahin keine zusätzlichen Erdgas- oder Ölquellen bzw. neue Technologien zur effizienten Gewinnung alternativer Energien gefunden werden, wäre Israel abermals von Importen abhängig. Das Zwischenziel der israelischen Regierung, bis zum Jahr 2014 fünf Prozent des israelischen Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, wird nicht erreicht werden. Nach aktuellen Berechnungen werden bis zum Ende dieses Jahres nicht einmal zwei Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen.⁷

Während Energiefragen in der israelischen Öffentlichkeit weniger im Zusammenhang mit dem Klimawandel diskutiert werden, wird die Zunahme extremer Wetterereignisse in Form von Dürreperioden und schweren Unwettern durchaus mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht. So zeigten der schwere Schneesturm im Dezember 2013 und das verheerende Karmel-Feuer im Dezember 2010, das sich aufgrund der anhaltenden Dürre stark ausbreiten konnte, klar den Handlungsbedarf hinsichtlich einer Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf. Auf diesem Gebiet ist bereits seit einigen Jahren ein politischer Prozess im Gange, der dazu geführt hat, dass das Umweltschutzministerium derzeit an einem nationalen Programm zur Anpassung an den Klimawandel arbeitet. In Bälde wird der interministerielle Ausschuss der israelischen Regierung seine Empfehlungen abgeben.⁸

Israel und die multilaterale Klimapolitik

Da Israel zwar von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist, jedoch wenig zu dessen Minderung beitragen kann, ist Israels Engagement auf internationaler Bühne in erster Linie durch das Bestreben zu verstehen, Teil der OECD-Länder zu sein⁹ und damit enger mit der westlichen Welt zusammenzuwachsen¹⁰. Ferner sollen die in diesem Rahmen umgesetzten Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen den israelischen Cleantech-Markt weiter stärken und dazu beitragen, Abhängigkeit von Energieexporteuren und damit

5 Vgl. OECD Environmental Performance Reviews Israel 2011 highlights: S.6

6 Vgl. Even/Eran (2014): "The Natural Gas Revolution in Israel" in: Strategic Survey for Israel 2013-2014, eds. Shlomo Brom and Anat Kurz, Tel Aviv: Institute for National Security Studies: S.199

7 Auskunft eines Mitarbeiters der Öffentlichen Versorgungsbetriebe (Public Utility Authority PUA) vom 15. Mai 2014. Die PUA sind verantwortlich für die Implementierung der Regierungspolitik und der Vergabe von Lizenzrechten im Bereich der erneuerbaren Energien

8 Vgl. Israel Environment Bulletin Vol 40/March 2014: S.19

9 Israel wurde im Jahr 2010 in die OECD aufgenommen.

10 Bezeichnend ist, dass die Aussetzung des nationalen Plans zur Verringerung der Treibhausgasemissionen vor allem für seine negativen Auswirkungen auf das internationale Ansehen Israels kritisiert wurde.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

EVELYN GAISER

August 2014

www.kas.de/israel

strategische Risiken zu verringern.¹¹ Während die VN-Klimakonferenzen von der hiesigen Medienberichterstattung begleitet werden, fanden Themen wie die deutsche Energiewende oder die europäische Klima- und Energiepolitik wenig Eingang in die israelische Debatte. Diese Themen werden in erster Linie durch europäische Organisationen und deutsche Stiftungen in den Diskurs eingebracht.¹²

Fazit

Israel strebt aus geostrategischen und ökonomischen Gründen nach einer Verminderung der Energieabhängigkeit und konzentriert sich dabei neben der Exploration weiterer Erdgas- sowie Erdöl-Quellen auf die Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz. Dass ein Ausbau letztgenannter Sektoren sowohl den israelischen Cleantech-Sektor stärken wird als auch die Treibhausgasemissionen Israels reduzieren kann, wird als positiver Nebeneffekt begrüßt.

Ein zentraler Antrieb für Israels Bemühungen im Bereich nachhaltiger Energiepolitik ist eine bessere Positionierung in der internationalen Gemeinschaft und das Bestreben, sich weiter in die westliche Welt zu integrieren. Deshalb muss es die Aufgabe der EU und besonders der Bundesrepublik Deutschland sein, Israel in Zukunft an seine Verpflichtungen und seine Verantwortung im internationalen Klimaschutz zu erinnern und im Rahmen bi- und multilateraler Zusammenarbeit das Land bei der Umsetzung seiner Ziele zu unterstützen. In diesem Rahmen bietet der Cleantech-Sektor besonders vielversprechende Möglichkeiten der Wirtschafts- und Wissenschaftskooperation.

Das Manuskript wurde am 20. Mai 2014 fertiggestellt. Der Text erschien im August 2014 im Klimareport 2014 der Konrad-Adenauer-Stiftung.

11 Vgl. Haaretz online vom 8. Mai 2014: [Environmentalists decry Israeli treasury's plan to freeze greenhouse-gas mitigation plan](#)

12 Vgl. Publikation der KAS Israel (2012): [Energy Security and Energy Strategies in Europe and Israel](#)